



Kreisverband
Ems-Vechte

KOMMUNALWAHL- PROGRAMM 2021

Deutschland. Aber normal.



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit acht Jahren gibt es unsere Alternative für Deutschland. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist die Basis unseres politischen Handelns. In einer einmaligen Erfolgsgeschichte sind wir im Bundestag und allen Länderparlamenten vertreten.

Hier packen wir jene Themen an, um welche die Altparteien schon lange einen Bogen machen. Viele politische Überzeugungen, die aus dem Diskurs herausgedrängt wurden, konnten wir bereits wieder wahrnehmbar machen. Seit der Kommunalwahl 2016 wirken unsere Ratsfrauen, Ratsherren und Kreistagsabgeordneten auch auf kommunaler Ebene für Ihre Interessen.

Mit ganzer Kraft setzen wir uns dafür ein, unsere Heimat im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern.

Bei der Kommunalwahl am 12. September 2021 wählen Sie die Alternative für Deutschland in Ihren Gemeinde- und Stadtrat und Ihren Kreistag.

Sie geben der AfD Ihre Stimmen, damit wir uns mit folgenden Schwerpunkten für Sie einsetzen können.





Inhalt

Direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und Lobbykritik	4
Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit	4
Familie	5
Bildung und Erziehung	5-6
Gesundheit und Soziales	6
Asyl und Zuwanderung - Integration statt Multikulti	7
Infrastruktur und Verkehr	8
Energie und Klima	9
Handwerk, Land- und Forstwirtschaft	9
Verwaltung, Haushalt und Finanzen	10
Tourismus und Umweltschutz	10
Impressum	12

Direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und Lobbykritik

DEN BÜRGERWILLEN UMSETZEN!

Wir wollen, dass unsere Demokratie weder durch eine heimliche Parteienoligarchie noch durch unkontrollierte Lobbyarbeit oder finanzielles «Zuschütten» von fragwürdigen auch kommunalpolitischen Projekten durch die EU ausgehöhlt wird!

Wir setzen uns für die Förderung und Verstetigung von Formen der Direkten Demokratie wie Befragungen, Initiativen und Abstimmungen nach Schweizer Vorbild ein.

Eine Bürgerbeteiligung darf nicht durch horrende Prozenzhürden erschwert werden. Deswegen muss das Unterschriftenquorum von 10 % auf 2% gesenkt werden.

Wir fordern internetbasierte Meinungsbörsen und Abstimmungsforen auf kommunaler Ebene.

Wir fordern, die Voraussetzungen für nichtöffentliche Sitzungen in den Kommunalparlamenten einzuschränken.

GENDERIRRWITZ STOPPEN!

Es ist eine Illusion, dass Gendern der Sprache irgendetwas zur Gleichberechtigung der Frau beitragen kann. Darüber hinaus können - wenn es sie denn gäbe - die übrigen 64 «Geschlechter» nicht ausreichend berücksichtigt werden...

Wir fordern einen Stopp der irrwitzigen Genderscheibweise im öffentlichen Schriftverkehr. Die deutsche Sprache ist Teil unserer Kultur und zu schützen. In offiziellen Texten ist Deutsch ohne unangebrachte Vermischung z.B. mit englischer Sprache in ihrer natürlichen und grammatikalisch korrekten Form anzuwenden.

Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

POLIZEI AUF IHRE KERNAUFGABEN KONZENTRIEREN UND DAFÜR AUSSTATTEN.

Wir betrachten mit Sorge, dass unsere Polizeikräfte zunehmend und auf unabsehbare Zeit für (kommunale) Amtshilfen eingesetzt werden.

Wir fordern daher eine Rückkehr zu den polizeilichen Kernaufgaben, die dem Bürger das Bild des «Freund und Helfers» in berechtigte Erinnerung bringen.

Wir fordern die Einrichtung einer lokalen Straftatstatistik mit Aussagewert für den Bürger.

Wir stehen für eine konsequente Förderung des Ehrenamts und von Standorten des zivilen Bürger- und Katastrophenschutzes.

Wir treten entschieden gegen eine Kriminalisierung von Sportschützen und Jägern und das Schüren von Vorbehalten gegen legalen privaten Waffenbesitz ein.

Familie

RECHTE DER FAMILIEN STÄRKEN! WILLKOMMENSKULTUR FÜR EIGENE KINDER!

Die besten Voraussetzungen für eine gesunde psychosoziale Entwicklung unserer Kinder in den ersten drei Lebensjahren liegt nachweislich in der Obhut der Familie.

Die möglichst frühe Übergabe von Kleinstkindern in staatliche Betreuung sehen wir sehr kritisch.

Wir fördern die freie Entscheidung der Eltern für die Art der Betreuung und ein kostenloses Betreuungsangebot bei Notlagen der Familie.

Paare und Alleinerziehende mit Kindern müssen auf allen Ebenen unterstützt und von jeglichen Kosten der Betreuung befreit werden.

Bildung und Erziehung

DAS BEWÄHRTE GEGLIEDERTE SCHULSYSTEM ERHALTEN!

Kinder sind in ihrer Individualität würdevoll und müssen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit differenziert gefördert und gefordert werden.

Wir setzen uns auch auf kommunaler Ebene dafür ein, dass unser heruntergewirtschaftetes Bildungssystem in Organisation, Ausstattung und Inhalten wieder an die frühere Vorbildhaftigkeit herangeführt wird.

Wir fordern und verteidigen den Erhalt des gegliederten, durchlässigen Schulsystems mit Gymnasium. Wir betrachten das Gymnasium nicht ideologisch als «letzte bürgerliche Kaderschmiede» sondern als Ort einer umfassenden, dem Humanismus und der Aufklärung verbundenen Bildung, die wiederum als Voraussetzung für selbstbewusstes und eigenverantwortliches Urteilen und Handeln ist. Einen Verzicht oder eine Benachteiligung zugunsten von Einheitsschulen wird es mit uns nicht geben!

Wir setzen auf die so erfolgreiche duale Berufsausbildung und kämpfen gegen den Kahlschlag der Förderschulen!

SCHULSTANDORTE ERHALTEN STATT ANONYME SCHULKOMPLEXE SCHAFFEN!

Wir treten für eine wohnortnahe Versorgung mit Schulen und eine vorrangige Berücksichtigung des Elternwillens ein! Bevor unsere Kinder täglich kilometerlange Schulwege auf sich nehmen müssen, lohnt es sich, über alternative Schulungsformen nachzudenken. Wie wäre es, wenn die Lehrer zu den Schülern kommen, nicht umgekehrt!?

RELIGIONS AUSÜBUNG GEHÖRT NICHT IN DIE SCHULEN!

Religion ist Privatsache und gehört nicht in staatliche Schulen! Deswegen gibt es mit uns keine Gebetsräume bzw. Gebetszeiten. Schwimm- und Sportunterricht ist nach den in Deutschland üblichen Maßstäben zu erteilen.

POLTISCHE INDOKTRINATION HAT IN DER SCHULE NICHTS ZU SUCHEN!

Wir nehmen es nicht hin, wenn Lehrer meinen, sich mit politischer Einflussnahme auf die Schüler über das Neutralitätsgebot hinwegsetzen zu können!

Deswegen unterstützen wir die Plattform «Neutrale Schule» und lehnen linksextremistisch gesteuerte Lobbystrukturen einschließlich des Netzwerks «Schule mit Courage - Schule ohne Rassismus» ab. Ihre Förderung aus Steuergeldern ist zu beenden.

FRÜHSEXUALISIERUNG STOPPEN - LASST KINDER KINDER SEIN!

Wir fordern den Schutz unserer Kinder vor Frühsexualisierung und verdeckter bzw. krimineller Pädophilie!

Wir fordern die Rückkehr zur altersgerechten, bewährten Praxis des Sexualkundeunterrichts.

Wir wenden uns gegen jede Beeinflussung der sexuellen Orientierung im Unterricht und fordern alle wirklichen Fachleute auf, ihrem Wissen entsprechend den sogenannten «Gender Studies» entgegenzutreten!

Gesundheit und Soziales

WOHNORTNAHE MEDIZINISCHE VERSORGUNG!

Um die flächendeckende Versorgung mit Ärzten und Hebammen zu gewährleisten, sind die Kommunen gefordert, finanzielle bzw. wirtschaftliche Anreize zu bieten.

Krankenhäuser gehören grundsätzlich nicht in private Hände und sind nicht zur Gewinnerzielung da! Eine Schließung von Krankenhäusern sehen wir angesichts der aktuellen Situation kritisch.

Wo immer möglich, soll die häusliche Betreuung und ambulante Pflege für Senioren gestützt und gefördert werden. Die Ansiedlung mobiler Dienste einschließlich mobiler und stationärer Palliativmedizin ist zu fördern.

GERECHTES SOZIALSYSTEM!

Unser Sozialsystem soll Schwache auffangen und stützen. Gesunde und Starke dürfen nicht durch falsche Anreize zu Leistungsempfängern gemacht werden.

DIE EXISTENZ VON TAFELN IST EINE SCHANDE!

Öffentliche Tafeln dürfen nicht zu einem Normalzustand werden. Wir fordern Maßnahmen, die eine «Armenspeisung» überflüssig machen und der Bildung einer entsprechenden «Hilfeindustrie» entgegenzuwirken.

Asyl und Zuwanderung - Integration statt Multikulti

Deutschland verfügt weiterhin über kein funktionierendes System der Steuerung von Zuwanderung, im Gegenteil. Die derzeitige Bundesregierung lässt mit Unterstützung sämtlicher Altparteien unsere Grenzen weiterhin nicht sichern. Sämtliche Grenzübertritte mit dem Zuruf «Asyl» sind nach geltendem Recht (Artikel 16a GG) illegal. Nur die Alternative für Deutschland fordert eine sofortige Abkehr von der «Herrschaft des Unrechts» (Seehofer, CSU, 2016).

SCHUTZ ÖRTLICHER BRÄUCHE UND TRADITIONEN

Traditionelle Feste schaffen Heimatverbundenheit, stärken das Gemeinschaftsgefühl und sind Teil unseres deutschen Kulturgutes. Umbenennungen von Weihnachtsmärkten in „Wintermärkte“ kommen nicht in Frage. In Schul- und Behördenkantinen ist in Deutschland übliche Kost, die auch Gerichte mit Schweinefleisch enthalten, anzubieten.

VORAUSSETZUNGEN FÜR ZUWANDERUNG

Jedem legalen Migranten obliegt die Bringschuld, unsere Gesetze zu befolgen, unsere Kultur, Werte, Sitten und Gebräuche zu achten, die deutsche Sprache zu erlernen und für seinen Lebensunterhalt zu arbeiten.

VERBOT VON MINARETTEN UND MUEZZINRUFEN

Wir lehnen die Genehmigung von Minaretten und öffentlich hörbaren Muezzinrufen ab. Eine kommunale Mitfinanzierung religiöser Veranstaltungen darf nicht erfolgen.

KEINE NACHTRÄGLICHE LEGALISIERUNG ILLEGALER EINWANDERUNG

Wir lehnen jegliche Verstärkung von Maßnahmen zur nachträglichen Legalisierung illegaler Einwanderung durch die Ausländer- und Einbürgerungsbehörden der Städte und Landkreise ab.

GELTENDES RECHT ANWENDEN

Integrationsverweigerer müssen, wie jeder illegale Zuwanderer, ohne Aufschub in ihre letzten Aufnahmelande abgeschoben werden.

Infrastruktur und Verkehr

ERHALT HISTORISCHER ORTSBILDER

Wir treten für den Erhalt historischer Ortsbilder ein. Abbruch soll möglichst durch werterhaltende Bauplanung verhindert werden. Kommunen sollen verpflichtet werden, den drohenden Verfall denkmalgeschützter Gebäude durch deren Erwerb zu verhindern. Denkmalschutz darf einer sinnvollen wirtschaftlichen Nutzung nicht entgegen stehen.

STÄRKUNG DES EINZELHANDELS

Park- und Verkehrsbeschränkungen in klassischen Einzelhandelsstraßen müssen verhindert werden.

Stattdessen soll kostenfreies Kurzzeitparken erlaubt werden und ein Parkgebühren-Gutschriftssystem mit Einzelhändlern eingeführt werden.

KEINE STRASSENAUSBAUBEITRÄGE

Infrastruktur muss aus Steuermitteln bezahlt werden. Wir lehnen die Heranziehung der Anlieger zu infrastrukturellen Kosten, z.B. Straßenausbaubeiträgen, entschieden ab.

ATTRAKTIVITÄT DES LÄNDLICHEN RAUMES STEIGERN

Der ländliche Raum soll mindestens genauso attraktiv wie die Städte gestaltet werden, beispielsweise durch den Ausbau und die Versorgung mit schnellem Internet.

INDIVIDUELLE MOBILITÄT VERTEIDIGEN UND STÄRKEN!

Wir fordern wegen der generellen Unwirtschaftlichkeit einen kostenfreien ÖPNV zum Erhalt der Mobilität im ländlichen Bereich, insbesondere zum Kindergarten- und Schulbesuch sowie für alte Menschen.

Gleichzeitig wenden wir uns entschieden gegen ein Ausspielen von ÖPNV und Individualverkehr. Wir unterstützen den Besitz von Kraftfahrzeugen als Ausdruck mobiler Freiheit und wenden uns gegen jegliche Form der Erschwerung und Diskriminierung des Individualverkehrs.

Batteriebetriebene Autos sind eine Sackgasse und keine zukunftsfähige Technik, ihre staatliche Förderung ist millionenfache Steuergeldverschwendung. Ladestationen auf öffentlichem Grund lehnen wir ab.

Energie und Klima

KEIN KLIMANOTSTAND!

Wir lehnen die Ausrufung von regionalen Klimanotständen zur Legitimierung von Notstandsmaßnahmen ab. Die Hinzuziehung von NGO-Vertretern, zum Beispiel als Klimabeiräte in den Kommunen, wollen wir verhindern.

LANDSCHAFTS- UND TIERSCHUTZ STATT WINDKRAFT

Stopp der weiteren «Verspargelung» der Landschaft mit unwirtschaftlichen und nicht grundlastfähigen Windrädern, die zudem negativen Auswirkungen auf den Landschafts- und Artenschutz haben. Mensch und Umwelt gehen vor.

Wir unterstützen das Aufbegehren unserer Bürger gegen die Verschandelung unserer wunderbaren Landschaft im Emsland und der Grafschaft-Bentheim.

KERNKRAFT

Für den Standort Lingen / Ems fordern wir die Fortführung des Betriebes AKW-Lingen.

Weiter sollen aktiv neue Technologien in dem Bereich der Kernkraft erforscht werden um unsere Energiesicherheit zu gewährleisten.

Handwerk, Land- und Forstwirtschaft

Wir sind davon überzeugt, dass unsere modernen Handwerks- wie auch bäuerlichen Betriebe mit Tradition und Verwurzelung in der Region am besten geeignet sind, nachfrage-, umwelt- und marktgerecht zu arbeiten und Gewinne zu erzielen.

Land- und Forstwirtschaft sowie Naturschutz sind kein Widerspruch. Nachhaltiges Wirtschaften ist in Deutschland seit Jahrhunderten kein Fremdwort. Deswegen wenden wir uns entschieden gegen eine Kriminalisierung und immer stärkere bürokratische Gängelung von Land- und Forsteigentümern.

Dort, wo durch politische Ideologien und staatliche Subventionseingriffe in natürliche Marktentwicklungen eingegriffen wird, entstehen oft Monokulturen und Fehlnutzungen des vorhandenen Bodens. Wir lehnen deshalb eine zunehmende Nutzung der Flächen für andere Zwecke, etwa für den Betrieb und Ausbau von Biogas- und Windkraftanlagen, ab.

HOCHWASSERSCHUTZ

Hochwasserschutz ist eine landesweite Aufgabe aller Kommunen.



Verwaltung, Haushalt und Finanzen

DIE KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG IST EXISTENZIELL BEDROHT!

Unsere Kreise und Gemeinden sind haushalterisch strukturell in einer dramatischen Schieflage. Dies bedroht die verfasste kommunale Selbstverwaltung und damit die Bürgernähe unserer Verwaltung grundlegend.

Wir fordern deshalb eine schonungslose, für den Bürger nachvollziehbare und ohne politische Vernebelung verständliche Offenlegung der Ausgaben der kommunalen Haushalte, um die Selbständigkeit unserer Kommunen langfristig zu sichern.

MIT UNS KEINE ERHÖHUNG VON STEUERN UND ABGABEN!

Wir lehnen jegliche Erhöhung der Belastungen für unsere Bürger durch Gebühren, Steuern und Abgaben ab und setzen uns für jede Form der Entlastung unserer Leistungsträger ein!

Jeder Euro weniger für fragwürdige, nutzlose und ideologiegeleitete Projekte bedeutet mehr Freiheit und Leistungsanreiz für unsere Bürger.

Tourismus und Umweltschutz

TOURISMUS UND WINDINDUSTRIE VERTRAGEN SICH NICHT!

Niemand sucht Erholung im Schlagschatten von Windrädern. Wenn Kommunen glauben Tourismusregionen entwickeln zu können und gleichzeitig der Windkraftindustrie Tür und Tor zu öffnen, ist das Realitätsverweigerung in Reinkultur.



Kreisverband
Ems-Vechte



► **Sie denken, was wir denken?**

Dann unterstützen Sie unsere Arbeit doch mit einer Spende. Spenden sind in der Regel steuerlich absetzbar. Bitte geben Sie auf der Überweisung Ihre genaue Anschrift an, damit wir Ihnen eine Spendenquittung zukommen lassen können.

Bankverbindung:

AfD-Kreisverband-Ems-Vechte
Sparkasse Emsland
IBAN: DE35 2665 0001 1091 0228 79
BIC: NOLADE21EMSE

Herausgeber:

AfD KV Ems-Vechte
Am Brabrinke 14
30519 Hannover /
Postfach 1203
48457 Schüttorf
www.afd-ems-vechte.de



Kreisverband
Ems-Vechte